

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:284835-2016:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Kehl: Verschiedene von Ingenieuren erbrachte Dienstleistungen
2016/S 157-284835**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Zweckverband Hochwasserschutz Hanauerland
Hauptstraße 85
Kehl
77694
Deutschland
Kontaktstelle(n): Maria Back
Telefon: +49 78518813-21
E-Mail: M.Back@stadt-kehl.de
Fax: +49 78518813-11
NUTS-Code: DE134

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.stadt-kehl.de

I.1) Name und Adressen

Land Baden-Württemberg, vertreten durch Regierungspräsidium Freiburg, Abteilung Umwelt, Referat 53.3 –
IRP – Dienstsitz Offenburg
Wilhelmstraße 24
Offenburg
77654
Deutschland
Kontaktstelle(n): Bernhard Lonsdorfer
Telefon: +49 781124711689
E-Mail: bernhard.lonsdorfer@rpf.bwl.de
Fax: +49 781124711700
NUTS-Code: DE134

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.rp-freiburg.de

I.2) Gemeinsame Beschaffung

Der Auftrag betrifft eine gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: www.vof.istw.de
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
ISTW Planungsgesellschaft mbH

Franckstraße 4
Ludwigsburg
71636
Deutschland
Telefon: +49 714124236-18
E-Mail: seitz@istw.de
Fax: +49 714124236-99
NUTS-Code: DE115

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.istw.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

Stadt Kehl – Zentrale Vergabestelle
Hauptstraße 85
Kehl
77694

Deutschland

Kontaktstelle(n): Zentrale Vergabestelle – Fr. Maria Back

Telefon: +49 78518813-21

E-Mail: M.Back@stadt-kehl.de

Fax: +49 78518813-11

NUTS-Code: DE134

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.stadt-kehl.de

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Flussgebietsuntersuchung Hanauerland.

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71330000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Im Flusseinzugsgebiet Hanauerland (182 km Gewässer) zwischen Kehl und Rastatt sollen hydrologische und hydraulische Untersuchungen und Modellierungen zur Erstellung von Überflutungskarten, der Ermittlung der Leistungsfähigkeit der Gewässer und der bestehende Hochwasserschutzgrade durchgeführt werden. Zudem sind eine Optimierung der Steuerung der verschiedenen Anlagenteile des Zweckverbandes Hanauerland für die Oberflächengewässer anhand von Szenarien aufzuzeigen mit dem Ziel, daraus Überflutungsverhältnisse ohne Gefährdungspotential ableiten zu können.

Aus den Überflutungskarten sind Hochwassergefahrenkarten abzuleiten.

Die Durchführung der Berechnungen kann wegen der besonderen Situation im Untersuchungsgebiet nur unter Berücksichtigung des Grundwassers erfolgen. Folglich ist ein gekoppeltes Grundwasser- und Oberflächengewässermodell zu erstellen und anzuwenden. Bei der Modellerstellung sind auch die Belange des zukünftigen RHR Freistett zu berücksichtigen.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71300000

71318000

71351920

71356400

90711500

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE134

Hauptort der Ausführung:

Kehl, Rheinau, Willstätt.

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Ziel ist die Entwicklung und Anwendung eines gekoppelten Grundwasser- und Oberflächengewässermodells im Flussgebiet Hanauerland zur Erstellung von Überflutungskarten, zur Ermittlung des Hochwasserschutzgrades und zur Steueroptimierung von Regelbauwerken im Gewässernetz. Grundsätzlich orientiert sich die Bearbeitung am Methodikpapier „Hochwassergefahrenkarten Baden-Württemberg – Stand 10/08/2012“. Aufgrund der besonderen hydrologisch-hydrogeologischen Verhältnisse kann sich die Vorgehensweise nicht nur auf hydrologische und gewässerhydraulische Grundlagen stützen, sondern muss auch die grundwasserhydrologischen Einzugsgebietsverhältnisse und eine prozessorientierte Modellierung der Wechselwirkungen und Austauschraten zwischen den Oberflächengewässern und dem Grundwasserleiter einbeziehen. Dabei sind die systemrelevanten Randbedingungen zu berücksichtigen.

Deshalb ist eine mehrstufige Bearbeitung vorgesehen. Stufe 1 umfasst die Berechnung des Gebietswasserhaushalts mit Hilfe eines instationären flächendifferenzierten deterministischen Niederschlag-Abfluss-Modells (NA-Modell) unter Berücksichtigung des Grundwasserleiters. Es muss in der Lage sein, auch für Extremniederschlagsereignisse (Wetter- bzw. Niederschlags-situationen) und verschiedene Grundwasserverhältnisse verlässliche Zufluss- und Abflussvorhersagen zu generieren. Ferner soll es die Erkenntnisse zum Abflussvorgang im Hanauerland verbessern und zum anderen berechnete Hochwasserganglinien und Hochwasserscheitelwerte für ausgewiesene Gewässerabschnitte sowie flächendifferenzierte Grundwasserneubildungsganglinien als Eingangsgrößen für das gekoppelte Grundwasser- und Oberflächengewässermodell berechnen.

Inhalt der Stufe 2 sind der Aufbau und die Anwendung eines 3D instationären Grundwasserströmungsmodells (GW-Modell) für das Untersuchungsgebiet und die Ermittlung der Grundwasserabflusskomponenten im Einzugsgebiet im Hochwasserfall. Mit Hilfe der instationären Berechnungen sollen Prognosen zur Grundwasserspiegellage bei veränderten Rahmenbedingungen modelliert werden. Das numerische Grundwassermodell soll in der Lage sein, die stattfindenden oberflächennahen Wechselwirkungen zwischen den Hydrosystemen Fließgewässer und Grundwasserleiter nachzubilden. Dabei müssen die unterirdischen

Volumenflüsse durch die Einzugsgebietsgrenzen des Flusseinzugsgebiets Berücksichtigung finden, z.B. der variable Grundwasserzustrom aus dem Vorland des Schwarzwalds. Das GW-Modell stellt die Basis für eine „koppelbare“ Grundwassermodellversion dar (Stufe 3). Dabei sind die Rahmenbedingungen des RHR Freistett mit seiner geplanten Überflutung der Rheinauen sowie der Ermittlung und Planung von Schutzmaßnahmen für die angrenzenden Ortslagen zu berücksichtigen.

In Stufe 3 erfolgt der Aufbau eines gekoppelten Grundwasser- und Oberflächengewässermodell (gekGW-/OG-Modell). Dabei soll das GW-Modell die Grundwasserspiegellagen und Grundwasservolumenflüsse unter bestimmten Randbedingungen (verstärkte GW-Neubildung durch Starkniederschläge und Hochwasser) berechnen, während das hydrodynamische Fließgewässer- oder Überflutungsflächenmodell (OGM, 2D-) die flächige Ausbreitung des Wassers an der Landoberfläche unter Berücksichtigung der Grundwasserströmung berechnet.

Aufbauend auf den Erkenntnissen und Methodenentwicklungen der Stufen 1 und 2 soll in der Stufe 3 ein gekoppeltes Grundwasser- und Oberflächengewässermodell (gekGW-/OG-Modell) entwickelt werden, welches in der Lage ist, für unterschiedliche hydrologische Ereignisse Überflutungskarten verschiedener Jährlichkeiten zu erstellen sowie Szenarien für Steuerungsoptionen mittels Regelbauwerke im Hanauerland generieren. Die Stufe 4 beinhaltet im Einzelnen die folgenden Modellanwendungen: a) Karten Überflutungsflächen/-tiefen; b) Leistungsfähigkeit Gewässer; c) bestehender Hochwasserschutzgrad; d) Optimierung Steuerung Regelbauwerke der Oberflächengewässer und Darstellung in Überflutungskarten; e) Ableitung von Hochwassergefahrenkarten.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Beurteilung der Organisation des Projektteams hinsichtlich einer optimalen Leistungserbringung in der vorgesehenen Zeit / Gewichtung: 5

Qualitätskriterium - Name: Beurteilung des Projektleiters hinsichtlich einer optimalen Leistungserbringung im Zusammenspiel aller geforderten Teilleistungen / Gewichtung: 13

Qualitätskriterium - Name: Beurteilung des stellvertretenden Projektleiters hinsichtlich einer optimalen Leistungserbringung im Zusammenspiel aller geforderten Teilleistungen / Gewichtung: 5

Qualitätskriterium - Name: Beurteilung des Projektteams für die NA-Modellierung hinsichtlich einer optimalen Leistungserbringung der Teilleistung / Gewichtung: 7

Qualitätskriterium - Name: Beurteilung des Projektteams für das Grundwassermodell hinsichtlich einer optimalen Leistungserbringung der Teilleistung / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Beurteilung des Projektteams für das Oberflächengewässermodell hinsichtlich einer optimalen Leistungserbringung der Teilleistung / Gewichtung: 8

Qualitätskriterium - Name: Beurteilung des Projektteams für das gekoppelte Grundwasser-/Oberflächengewässermodell hinsichtlich einer optimalen Leistungserbringung der Teilleistung / Gewichtung: 16

Qualitätskriterium - Name: Beurteilung des Gesamteindrucks hinsichtlich einer erfolgreichen Bewältigung der Aufgabenstellung / Gewichtung: 8

Preis - Gewichtung: 28

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 6

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Bewertung der fachliche Eignung des Antragstellers durch Nennung von jeweils 5 Referenzen je Kriterium aus Projekten mit Bezug zum Vergabegegenstand, welche in den vergangenen 3 Jahren abgeschlossen wurden oder zumindest zu 50 % fertiggestellt sind. Ausnahme: Je 5 Referenzen aus Projekten zu Kriterium 4 (Erfahrungen in gekoppelte GW-OG-Modellierung), welche in den vergangenen 10 Jahren abgeschlossen wurden oder zumindest zu 50 % fertiggestellt sind.

1. Kriterium „Erfahrungen in der NA-Modellierung mit Berücksichtigung des GW Speichers“:

Vergabegegenstand ist die NA-Modellierung (NA-M) in Einzugsgebieten mit hohen Grundwasserständen und -abfluss

- Anzahl der NA-M Projekte mit 5,25 %;
- EZG-Größe des NA-Modells 3,75 %;
- Anzahl der Hydrotope mit 3,00 %;
- Einzugsgebietsfläche je Pegel im Durchschnitt mit 3,00 %.

2. Kriterium „Erfahrungen in der dreidimensionalen Grundwasserströmungsmodellierung“:

Vergabegegenstand ist die dreidimensionalen Grundwasserströmungsmodellierung

- Anzahl der GW-M Projekte mit 5,00 %;
- Modellgröße der Projekte mit 3,00 %;
- Anzahl der Modellelemente (3D) mit 5,00 %;
- Anzahl der Gewässer (innere Randbedingung) mit 3,00 %;
- Anzahl der Stressperioden (Anzahl der Zeitschritte, in die der Gesamtzeitraum der instationären Berechnung geteilt ist) mit 5,00 %
- Einzelkriterien (Randzuströmung, Kopplung mit OG) mit je 2,00 % = 4,00 %.

3. Kriterium „Erfahrungen in instationärer hydrodynamischer 2-D Modellierung von Oberflächengewässern“:

Vergabegegenstand ist die dreidimensionalen Grundwasserströmungsmodellierung

- Anzahl der OGM Projekte mit 4,00 %;
- Gewässerlängen des OGM mit 5,00 %;
- Anzahl der Modellzellen / -elemente / –knoten im OGM mit 7,00 %;
- Anzahl der Steuer- und Regelemente im Modell mit 4,00 %.

4. Kriterium „Erfahrungen in gekoppelte GW-OG-Modellierung“ – Referenzen der letzten 10 Jahre:

Vergabegegenstand ist die gekoppelte GW-OG-Modellierung

- Anzahl der Projekte gekoppelte GW-OG-Modelle mit 8,00 %;
- Modellgröße der Projekte mit gekoppelter Modellierung mit 8,00 %;
- Gewässerlängen des OGM mit 8,00 %;
- Einzelkriterien (Flussabschnittsdifferenzierte Transferrate, Richtungsanhängige Transferrate) mit je 6,00 % = 12,00 %;
- Art der Kopplung mit 4,00 %.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Auf der Internetseite www.vof.istw.de wird neben weitere Informationen der Entwurf der Leistungsbeschreibung für das Verhandlungsverfahren zur Verfügung gestellt. Dieser hat einen rein informativen Charakter, da es noch Änderungen an der Leistungsbeschreibung geben kann.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Aktueller Nachweis (ausgestellt nach dem 1.1.2016) über die Rechtsform und die Unterschriftsberechtigung des Antragstellers – bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für alle Mitglieder (in der Regel durch Auszug aus dem Handelsregister – bei ausländischen Bewerbern durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des Herkunftslandes – bei Unternehmen die nicht zur Eintragung in ein Handelsregister o. ä. verpflichtet sind durch Eigenerklärung).

Aus dem Nachweis muss zweifelsfrei hervorgehen, dass die Person / die Personen welche den Antrag / die Erklärungen abgegeben haben berechtigt sind Rechtsgeschäfte für den Antragsteller zu tätigen.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

A) Nachweis (ausgestellt nach dem 1.1.2016) einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckung von mindestens 1 500 000 EUR bei Personenschäden und einer Deckung von 1 500 000 EUR bei Sach- und Vermögensschäden. Die Summen gelten je Schadensfall (zweifach maximiert). Die schriftliche Bestätigung der Versicherung des Antragstellers, die Berufshaftpflichtdeckung auf die geforderten Deckungssummen im Auftragsfall anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.

B) Nachweis des durchschnittlichen Umsatzes der letzten 3 Geschäftsjahre in Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Auftrags mit mindestens 665 000 EUR.

C) Nachweis der durchschnittlichen Anzahl von Beschäftigten der letzten 3 Jahre in Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Auftrags mit mindestens 5 Beschäftigten.

D) Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Fall der Angebotsbearbeitung erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind, in welcher der bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist und dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Ein Wechsel der Identität des Bewerbers oder der Bewerbergemeinschaft ist nicht zugelassen. Bei Auftragserteilung ist ein Nachweis über die Rechtsform und die gesamtschuldnerische Haftung vorzulegen.

E) Unterauftragnehmer / Eignungsleihe: Zur Bearbeitung des Auftrages darf ein Auftragnehmer nur Unterauftragnehmer einsetzen welche dem Auftraggeber bekannt sind und deren Einsatz der Auftraggeber zugestimmt hat. Aus diesem Grund sind Unterauftragnehmer (spätestens vor Auftragserteilung) zu benennen. Im Teilnahmeantrag sind die Angebotsteile die im Rahmen einer Unterauftragserteilung an Dritte vergeben werden sollen zu benennen. Die Unterauftragnehmer sind möglichst zu benennen. Spätestens im Verhandlungsverfahren ist durch eine Verpflichtungserklärung der dritten Unternehmen nachzuweisen, dass diese für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen.

Der Teilnahmeantrag muss eine Erklärung enthalten über die dritten Unternehmen die auf Seiten des Antragstellers an der Ausführung beteiligt sein werden. Durch eine Verpflichtungserklärung der dritten Unternehmen ist nachzuweisen, dass diese für die Leistungserbringung die Kapazitäten der wirtschaftlichen,

finanziellen, technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit bereitstellen und im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Eignungsleihe mithaften.

F) Mit dem Teilnahmeantrag ist eine Erklärung zu den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) vorzulegen.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

A) „Allgemeine Vertragsbestimmungen für Leistungen der Ingenieure und Landschaftsarchitekten in der Wasserwirtschaft“ – AVB-ING – Ausgabe 2014, Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser

B) Zusätzliche Vertragsbedingungen zum Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG-BW) Fassung 2013, Boorberg-Verlag.

C) Zusätzliche Vertragsbedingungen über Leistungen von Ingenieuren und anderen Auftragnehmern in der Wasserwirtschaft bei Software- und Datenherstellung (ZVB-ING-WAS-EDV), Stand: 15.10.2010

D) Der Teilnahmeantrag muss eine Erklärung enthalten, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 und § 124 GWB bestehen.

E) Der Auftraggeber wird für den Bieter dessen Angebot beauftragt werden soll, ggf. also für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft, dritte Unternehmen (Eignungsleihe) oder Unterauftragnehmer, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt der Justiz anfordern.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 13/09/2016

Ortszeit: 11:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 04/10/2016

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

- A) Alle Erklärungen und Nachweise sind bis zum genannten Schlusstermin vorzulegen. Nach dem Schlusstermin eingehende Teilnahmeanträge werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Die ausschreibende Stelle behält sich vor nicht eindeutige Informationen / Unterlagen im Zuge einer Aufklärung nachzufordern;
- B) Die Bewerber werden gebeten ihren Teilnahmeantrag in Form des ausgefüllten Musterantrags samt der notwendigen Anlagen (www.vof.istw.de) zu erstellen. Hierdurch wird das Ausfüllen erleichtert und Fehler beim Bewerber vermieden;
- C) Die Antragsunterlagen sind ausschließlich in Papierform DIN A4 und auf dem Postweg einzureichen;
- D) Der Teilnahmeantrag muss mit rechtsverbindlicher Unterschrift versehen sein;
- E) Alle Angaben des Antragstellers haben in deutscher Sprache zu erfolgen. Anderen Nachweisen oder Dokumenten sind Übersetzungen durch amtlich anerkannte Dolmetscher beizufügen. Ohne solche Übersetzungen können diese Unterlagen nicht berücksichtigt werden;
- F) Unterlagen die über die ausdrücklich verlangten Angaben und Nachweise hinaus gehen, sind nicht erwünscht und werden bei der Bewertung nicht berücksichtigt;
- G) Die Antragsunterlagen sind mit der vorbereiteten Kennzeichnung (www.vof.istw.de) zu versehen;
- H) Die Antragsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber und werden nicht zurückgegeben;
- I) Alle Fragen zum Verfahren werden ausschließlich schriftlich, per E-Mail an seitz@istw.de, angenommen. Eingegangene Fragen werden zentral beantwortet. Alle eingegangenen Fragen und die zugehörigen Antworten werden (anonym) auf www.vof.istw.de allen Interessenten zur Verfügung gestellt. Interessenten haben sich daher selbstständig über den aktuellen Stand dieses Dokuments und der Informationen auf der Internetseite zu informieren.

Auf anderem Weg eingehende Fragen werden nicht beantwortet.

J) Die seither an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens beteiligten Büros Ruiz Rodriguez-Zeisler-Blank, GbR, Wiesbaden / Gesellschaft für Angewandte Hydrologie und Kartographie mbH, Freiburg / Zink Ingenieure GmbH, Lauf und I—S—T—W Planungsgesellschaft mbH, Ludwigsburg sowie die wissenschaftlichen Begleiter Prof. Dr. rer. nat. Hans Matthias Schöniger – HMS Arbeitsgemeinschaft / TU Braunschweig, Leichtweiß-Institut für Wasserbau und Dr. Thomas Sommer – Dresdner Grundwasserforschungszentrum e.V. dürfen sich nicht auf Bewerber- / Bieterseite am Vergabeverfahren beteiligen.

K) Für Aussagen zur Grundwasserneubildung, Stofftransporte usw. gibt es mehrere überregionale Untersuchungen und Projekte. Diese überregionalen Projekte sind aber in ihrer Modellauflösung und ihrer Aufgabenstellung nicht mit den hier geforderten Aufgaben vergleichbar. Daher werden diese Projekte und die daran beteiligten Fachbüros nicht als vorbefasst im Sinn der anstehenden Beauftragung angesehen. Ein Beispiel für ein solches Projekt ist LOGAR (<http://www.logar2050.eu/?lang=de>) als länderübergreifende Organisation für Grundwasserschutz am Rhein. Die Ergebnisse solcher Untersuchungen liegen insbesondere

bei der LUBW vor. In kleinen Teilen können diese auch für die Bearbeitung des Projektes Hanauerland Informationen liefern. Diese werden im Zuge der Bearbeitung zur Verfügung gestellt.

L) Die seither bei vergleichbaren Projekten im Untersuchungsraum beteiligten Büros werden nicht vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Vielmehr werden allen ausgewählten Bietern im Verhandlungsverfahren die erarbeiteten Unterlagen (digital) zur Verfügung gestellt. Dadurch wird die Vorbefasstheit (§ 7 VgV) ausgeglichen. Diese Büro sind: Wald + Corbe, Hügelsheim (u.a. Grundwassermodell RHR Freistatt 1984, GW-Modell Kehl, Grundwassergleichenpläne Willstätt); Hydrotec, Aachen (Erstellung HWGK TBG 330 Acher-Rench, 321-2 / 3 Kinzig Mittel- / Unterlauf); Institut für Hydrologie und Wasserwirtschaft, Universität Karlsruhe (Modelluntersuchungen Hanauerland 1988); Ing.-Büro Geldner, Karlsruhe (Grundwasserhydraulische Untersuchungen im Zuge der Voruntersuchungen RHR Freistett).

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe (Referat 15)
Kapellenstraße 17
Karlsruhe
76131
Deutschland
Telefon: +49 721926-0
E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de
Fax: +49 721926-3985
Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf schriftlichen Antrag hin ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten durch Nichtbeachten von Vergabevorschriften geltend macht. Der Antrag ist gem. § 160 Abs. 3 Nr. 1-3 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen und in der Regel vor Anrufung der Kammer gerügt hat bzw., wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar waren, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe /Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat. Ferner ist ein Antrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Der Nachprüfungsantrag soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Er ist unverzüglich zu begründen (§ 161 Abs.1 GWB).

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe (Referat 15)
Kapellenstraße 17
Karlsruhe
76131
Deutschland
Telefon: +49 721926-0
E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse:www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1159131/index.html

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
12/08/2016